



Inhalt

I. Zweites Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Zweites Pflegestärkungsgesetz – PSG II)	1
1. Zahlung von Rentenbeiträgen für Pflegepersonen durch die Beihilfefestsetzungsstellen	2
2. Beihilfefähige Beträge im Rahmen von Organtransplantationen	2
3. Beteiligung der Beihilfe an den personenbezogenen Kosten ambulanter Hospizdienste	3
II. Neues auf Rehmnetz	3
Beamtenblog	3

I. Zweites Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Zweites Pflegestärkungsgesetz – PSG II)

von Wolfgang Weigel, Regierungsrat, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München

Die Leistungen der Pflegeversicherung, die 1995 eingeführt wurden, wurden seit diesem Zeitpunkt mehrfach den aktuellen Entwicklungen angepasst. Letztmals wurde das Recht der Pflegeversicherung durch das Erste Pflegestärkungsgesetz – PSG I vom 17. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2222) überarbeitet.

Das Zweite Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Zweites Pflegestärkungsgesetz – PSG II) vom 21. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2424) tritt in den aus beihilferechtlicher Sicht wesentlichen Teilen zum 1. Januar 2017 in Kraft. Hiervon abweichend wurden allerdings bereits um 1. Januar 2016

- die Bezugszeiträume von Verhinderungspflege (§ 39 SGB XI) und Kurzzeitpflege (§ 42 SGB XI) sowie
- die Zeiträume für die Fortgewährung von der Hälfte des Pflegegeldes für Zeiten der Inanspruchnahme von Verhinderungs- und Kurzzeitpflege

auf sechs bzw. acht Wochen verlängert.

Um auch für Beihilfeberechtigte den durch den Bundesgesetzgeber beschlossenen neuen Leistungsrahmen des SGB XI zu gewährleisten, hat das Bundesministerium des Innern in Form des RdS vom 5. Januar 2016 (GMBI S. 3), eine entsprechende beihilferechtliche Vorgriffsregelung bekanntgegeben.

Es ist davon auszugehen, dass in den Ländern aufgrund vergleichbarer eigenständiger Vorgriffsregelungen entsprechend verfahren wird.



Produktipp

Stegmüller/Schmalhofer †/Bauer,
**Beamtenversorgungsrecht des Bundes
und der Länder**
Kommentar



9310 Seiten.
Loseblattwerk in 7 Ordnern
ISBN 978-3-7825-0193-4
€ 229,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Kommentiert von den Verfassern der Reform!

Mit diesem umfassenden Kommentar sind Sie im Versorgungsaufbau der sicheren Seite.

Experten erläutern Ihnen alle Vorschriften des Bundesbeamtenversorgungsgesetzes sowie die entsprechenden landesversorgungsrechtlichen Regelungen aktuell und praxisnah und führen Sie kompetent in die komplexe Materie ein. Ergänzende Gesetze und Vorschriften sind abgedruckt und erläutert.

Eine lückenlose Darstellung der Rechtsentwicklung des Beamtenversorgungsgesetzes mit den Erläuterungen früherer Vorschriften, soweit sie im Rahmen von Übergangsregelungen weiterhin anzuwenden sind, gewährleisten umfassende Informationen zu allen versorgungsrechtlichen Fragen.



1. Zahlung von Rentenbeiträgen für Pflegepersonen durch die Beihilfefestsetzungsstellen

Mit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 sind nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen pflichtversichert in der gesetzlichen Rentenversicherung (§ 3 Satz 1 Nr. 1a SGB VI). Die dementsprechend zu zahlenden Rentenversicherungsbeiträge tragen die Pflegekassen, die privaten Versicherungsunternehmen und anteilig auch die Beihilfefestsetzungsstellen. Die Höhe der abzuführenden Beiträge ist auf der Basis der sog. Bezugsgröße abhängig von der Pflegestufe der gepflegten Person sowie dem zeitlichen Aufwand der Pflege (§ 166 Abs. 2 und 3 SGB VI).

Das Bundesministerium des Innern hat mit RdS vom 21. Dezember 2015 aufgrund der ab 1. Januar 2016 veränderten Bezugsgröße die ab diesem Zeitpunkt für die Abführung von Rentenbeiträgen maßgebenden Beträge bekanntgegeben (GMBI. 2016 S. 2).

Es ist davon auszugehen, dass auch die Länder in vergleichbaren Bekanntmachungen diese für die Beitragsabführung maßgebenden Beträge veröffentlichen werden.

2. Beihilfefähige Beträge im Rahmen von Organtransplantationen

Die Finanzierung für Leistungen im Zusammenhang mit Organspenden und -transplantationen erfolgt auf der Basis des Transplantationsgesetzes (TPG) nach besonderen Grundlagen:

- Die Vergütung der Organtransplantation, die bei der erkrankten Person durchgeführt wird, erfolgt in Form einer Fallpauschale (DRG).
- Die Kosten der Entnahme sowie die Aufwendungen des Transports des zu implantierenden Organs zum Krankenhaus des Organempfängers werden über eine neutrale Institution – die Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) – mit Hilfe von Pauschalen gegenüber der Organempfänger bzw. dessen Krankenkasse bzw. Krankenversicherung abgerechnet.

Mit RdS vom 26. Januar 2016 hat das Bundesministerium des Innern die im Jahr 2016 im Rahmen von Organtransplantationen anfallenden Pauschalen, die beihilfefähig sind, bekanntgegeben:

- 18.844 Euro je transplantiertem Organ, für das kein eigenständiger Flugtransport durchgeführt wurde.
- 26.790 Euro bei extrarenalen Organen (z. Z. Herz, Leber, Lunge, Pankreas und Darm) je transplantiertem



Produkt Tipp

Mildenberger

Beihilferecht in Bund, Ländern und Kommunen

Praktiker-Kommentar



7.412 Seiten
Loseblattwerk
zzgl. Aktualisierungslieferungen
In 4 Ordnern
ISBN 978-3-8073-0014-6
€ 179,99
zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Rechtssicherheit auf dem neuen Stand

Dieser Kommentar gehört im gesamten Bundesgebiet seit Jahrzehnten zum Standard: Das Autorenteam berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung ebenso wie die neuesten Entwicklungen im medizinischen Bereich. Dank seiner übersichtlichen Gliederung ist der Kommentar trotz seines Umfangs ausgesprochen benutzerfreundlich.

Enthalten sind:

- Texte der aktuellen Bundes- und Landesvorschriften,
- Vollzugsvorschriften des Bundesministeriums des Innern,
- Gebührenordnungen für Ärzte und Zahnärzte mit den vorgegebenen Steigerungssätzen und Schwellenwerten,
- einschlägige Rechts- und Verwaltungsvorschriften und alle relevanten Nebenvorschriften.

Die umfassende Kommentierung des Bundesrechts wird durch viele Beispiele veranschaulicht und geht sowohl auf vergleichbare Rechtsmaterien außerhalb des Beihilferechts als auch auf landesspezifische Besonderheiten ein. Dabei legen die Autoren nicht nur Wert auf die Genauigkeit im Detail, sondern verschaffen dem Benutzer schnell den erforderlichen Überblick.



tem Organ, für das ein eigenständiger Flugtransport durchgeführt wurde.

- 43.881 Euro zusätzlich zu den vorstehend genannten Pauschalen je transplantiertem Herz, für das ein OCSTM-Einsatz durchgeführt wurde. Hierbei handelt es sich um ein besonders aufwändiges Transportsystem.

Das RdS wird demnächst im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht.

Es ist davon auszugehen, dass auch die Länder in vergleichbaren Bekanntmachungen diese Beträge ebenfalls als beihilfefähig einstufen werden.

3. Beteiligung der Beihilfe an den personenbezogenen Kosten ambulanter Hospizdienste

Auf der Grundlage des § 40 Abs. 3 BBhV sowie einer getroffenen Vereinbarung beteiligen sich die Beihilfestellen des Bundes an den personenbezogenen Kosten ambulanter Hospizdienste für erbrachte Sterbebegleitungen einschließlich palliativ-pflegerischer Beratungen, die für beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Personen erbracht werden. Der jeweilige ambulante Hospizdienst erhält hierfür unmittelbar von der jeweils zuständigen Festsetzungsstelle eine Kostenpauschale.

Mit RdS vom 3. Februar 2016, D 6 – 30111/22#1, hat das Bundesministerium des Innern bekanntgegeben, dass ab 1. Januar 2016 die maßgebenden Pauschale 902,28 Euro beträgt. Eine Veröffentlichung im GMBL ist vorgesehen.

*Wolfgang Weigel, Regierungsrat,
Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat, München*

II. Neues auf Rehmnetz

Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Lehrer: Finanzielle Entschädigung bei Überdeputat?](#)

[Lehrer: Keine Klassenleitung – keine Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit](#)

[Heinrich Heine und das deutsche Beamtenrecht](#)

Mehr Blogbeiträge von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger finden Sie [hier](#).

Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)